Stadt Rheinbach

N i e d e r s c h r i f t

über die 11/8. Sitzung
des Rates
am Montag, 08.11.2021

Ort der Sitzung: **Stadthalle, Villeneuver Straße 5, 53359 Rheinbach**

Beginn: **18:00 Uhr** Ende: **21:23 Uhr**

Von den Mitgliedern waren anwesend:	Entschuldigt:	Verwaltung / Gäste:

Bürgermeister
Banken, Ludger

Ratsmitglieder (CDU)
Brozio, Kurt
Burke, Thomas
Knott, Jan
Pfahl, Ferdinand
Pütz, Markus (ab 18:42 Uhr)
Sander, Ulrich
Schneider, Joachim
Schragen, Georg
Thielen, Maureen, Dr.
Weber, Bruno
Wilhelm-Buchstab, Timo, Dr.
Wolf, Oliver

Ratsmitglieder (SPD)
Grünberg, Pia
Kerstholt, Karl Heinrich
Koch, Martina
Lüdemann, Jürgen
Quadflieg, Donate
Vary, Eva
Wilmers, Georg, Dr.

Ratsmitglieder (CDU)
Hell, Mathias
Rick, Ilka

Ratsmitglieder (SPD)
Krupp, Ute
Rohloff, Michael

Ratsmitglieder (UWG)
Kramme, Hinrich

Erster Beigeordneter
Knauber, Dr. Raffael

Fachgebietsleiter
Bölinger, Thorsten

Fachbereichsleiterin
Hoffmann, Daniela

Kämmerer
Kohlosser, Walter

Wehrleiter
Kreuser, Laurenz

Sachgebietsleiter
Ptok, Helge
(ab 18:30 Uhr)

Fachbereichsleiterin
Thünker-Jansen, Margit

Schriftführerin
Wilhelm, Sonja

Ratsmitglieder (UWG)
Huth, Dieter
Josten-Schneider, Silke
Meyer, Jörg
Schüller, Ellen
Specht, Dagmar
Stein, Norbert

Ratsmitglieder (FDP)
Euskirchen, Lorenz
Rentzsch, Jana
Ruland, Sebastian

Ratsmitglieder (B´90/Die Grünen)
Bogert, Stephan
Lenke, Nils, Dr.
Nagel, Axel
Rupprecht, Deborah
Schiebener, Heribert
Seiffert-Schollmeyer, Urte
Steglich, Rita

Gäste:
Böhm, Markus,
Geschäftsführer e-regio

Gattke, Dr. Christian,
Abteilungsleiter „Flussgebietsbewirtschaftung“ des Erftverbandes

Freier, Ingo
Amtsleiter des Amtes für Bevölkerungsschutz des Rhein-Sieg-Kreises

T a g e s o r d n u n g

zur 11/8. Sitzung des Rates
am Montag, 08.11.2021

TO-Punkt Nr.	Beratungsgegenstand	Vorlagen-Nr.
A)	**ÖFFENTLICHE SITZUNG**	
	Verabschiedung von Ratsfrau Carolin Hasenberg	
1	**Einführung von Ratsfrau Rita Steglich**	MI/0064/2021
2	**Anerkennung der Tagesordnung**	
3	**Bericht zur Flutkatastrophe vom 14.07.2021 in Rheinbach und deren Folgen**	
3.1	Bericht von Herrn Geschäftsführer Markus Böhm, e-regio	
3.2	Bericht von Herrn Dr. Christian Gattke, Abteilungsleiter „Flussgebietsbewirtschaftung“ des Erftverbandes	
3.3	Antrag der Fraktionen der CDU und Bündnis 90 / Die Grünen vom 02.09.2021 zur Aufarbeitung der Ereignisse zur Flutkatastrophe am 14.07.2021 in Rheinbach	AN/0538/2021
3.4	Anfrage der SPD-Fraktion vom 20.10.2021 zur Flutkatastrophe	AF/0018/2021
4	**Einwohnerfragestunde**	
	./.	
5	**Bürgeranträge**	
5.1	Bürgerantrag vom 27.05.2019 betreffend Stellplatz für Wohnmobile und Wohnwagengespanne	BA/0021/2020
5.2	Bürgerantrag vom 11.03.2021 betreffend Schottergärten im Stadtbereich	BA/0039/2021

6	**Ortsrecht**	
	./.	
7	**Allgemeine Angelegenheiten**	
7.1	4. Änderung des Stellenplanes 2021	BV/1619/2021
7.2	Gewährung von freiem Eintritt für bestimmte Personengruppen im Glasmuseum	BV/1616/2021
7.3	Fällung von 10 Bäumen im Bereich des geplanten Erweiterungsbaus der Gesamtschule Rheinbach	BV/1627/2021
8	**Finanzangelegenheiten**	
8.1	Beteiligungsbericht 2019	BV/1620/2021
8.2	Controllingbericht 2021	MI/0065/2021
8.3	Zuleitung der Gesamtabschlüsse 2011 bis einschließlich 2018 gem. § 116 Abs. 8 GO	BV/1623/2021
8.4	Genehmigung einer außerplanmäßigen Investitionsauszahlung 2021 für die Ersatzbeschaffung des Schleppers der Forstabteilung	BV/1625/2021
9	**Grundstücksangelegenheiten**	
9.1	Vergaberichtlinie & Grundstücksverkauf "In den Gärten" 1. Richtlinie der Stadt Rheinbach für die Vergabe von städtischen Baugrundstücken für die Errichtung von Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäusern 2. Veräußerung der städtischen Baugrundstücke im Bereich des Bebauungsplans Rheinbach-Wormersdorf Nr. 16 „In den Gärten" auf der Grundlage dieser Richtlinie	BV/1562/2021
10	**Bau- und Planungsangelegenheiten**	
10.1	Lärmaktionsplan der 3. Runde; hier: Beschluss des Lärmaktionsplans	BV/1364/2020/4

11	**Besetzung von Ausschüssen und Gremien**	
11.1	Nachbesetzung im Ausschuss für Umwelt und Mobilität	BV/1622/2021
11.2	Nachbesetzung des Jugendhilfeausschusses	BV/1629/2021
11.3	Nachbesetzung in der Gesellschafterversammlung der Jugendwohnheim Haus Rheinbach GmbH	BV/1630/2021
11.4	Nachbesetzung im Rat der Tageseinrichtung für Kinder "Lummerland"	BV/1631/2021
11.5	Nachbesetzung in die Verbandsversammlung des Volkshochschulzweckverbandes Meckenheim/Rheinbach/Swisttal/Wachtberg	BV/1632/2021
11.6	Nachbesetzung im Ausschuss für Generationen, Integration und Soziales	BV/1633/2021
11.7	Nachbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen	BV/1634/2021
12	**Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern**	
12.1	Antrag der SPD-Fraktion vom 20.10.2021 zum Klimaschutzplan Rheinbach 2030	AN/0540/2021
12.2	Antrag der SPD-Fraktion vom 20.10.2021 zum integrierten Verkehrsentwicklungsplan	AN/0541/2021
12.3	Antrag der SPD-Fraktion vom 20.10.2021 zur Radverkehrsanbindung der Ortschaften	AN/0542/2021
13	**Anfragen nach § 4 Geschäftsordnung**	
13.1	Anfrage von Ratsherrn Dr. Georg Wilmers (SPD) vom 20.10.2021 zur finanziellen Situation der Stadt Rheinbach	AF/0016/2021
14	**Mitteilungen des Vorsitzenden**	

B) NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

15 Allgemeine Angelegenheiten

./.

16 Finanzangelegenheiten

./.

17 Bau, Vergabe- und Planungsangelegenheiten

17.1	Vergabe von Tiefbauarbeiten -Nachtrag zum Jahresvertrag Pflaster - Sanierung Parkplatz am Monte Mare nach dem Unwetter 14.07.2021	BV/1624/2021

18 Grundstücksangelegenheiten

./.

19 Personalangelegenheiten

./.

20 Anfragen nach § 4 Geschäftsordnung

20.1	Anfrage von Ratsherrn Dr. Georg Wilmers (SPD) vom 19.10.2021 zur Überbauung Zingsbach	AF/0017/2021

21 Mitteilungen des Vorsitzenden

Mündliche Anfragen

Bürgermeister Banken begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Damen und Herren des Rates. Ganz besonders begrüßt er heute Frau Carolin Hasenberg und Frau Rita Steglich. Ebenso begrüßt er die Mitarbeiter*Innen der Verwaltung, die Besucher*Innen und die Vertreter*Innen der Presse.

Herzlich willkommen heißt er die Gäste Herrn Dr. Christian Gattke, Abteilungsleiter „Flussgebietsbewirtschaftung“ des Erftverbandes, Herrn Markus Böhm, Geschäftsführer der e-regio sowie Herrn Ingo Freier, Amtsleiter des Amtes für Bevölkerungsschutz des Rhein-Sieg-Kreises, die zum Tagesordnungspunkt 3 Bericht zur Flutkatastrophe vom 14.07.2021 in Rheinbach und deren Folgen eingeladen wurden.

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP		Verabschiedung von Ratsfrau Carolin Hasenberg

Vor Einstieg in die Tagesordnung wird Frau Carolin Hasenberg von Bürgermeister Banken verabschiedet. Sie ist auf eigenen Wunsch mit Ablauf des 15. September 2021 aus dem Rat ausgeschieden. Bürgermeister Banken würdigt ihr fast einjähriges kommunalpolitisches Engagement, insbesondere als jüngstes Ratsmitglied und Fraktionssprecherin der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen.

Auch Ratsherrn Schiebener (Grüne) bedankt sich bei Frau Hasenberg für die geleistete Arbeit.

TOP	1	Einführung von Ratsfrau Rita Steglich

Als Nachfolgerin für Frau Carolin Hasenberg wird Frau Rita Steglich in den Rat nachrücken. Bürgermeister Banken begrüßt sie sehr herzlich. Eine Verpflichtung entfällt, da Ratsfrau Steglich bereits am 04.05.2021 in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen als sachkundige Bürgerin verpflichtet wurde.

TOP	2	Anerkennung der Tagesordnung

Danach stellt Bürgermeister Banken fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht mit Schreiben vom 26.10.2021 eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Er informiert, dass der Tagesordnungspunkt 3 als Bericht über den aktuellen Stand zur Unwetterkatastrophe und deren Bearbeitung vorgesehen sei. Zunächst werden Herr Böhm und Herr Dr. Gattke zu den aktuellen Sach- und Erkenntnisständen aus Ihren Unternehmen mit Bezug zur Stadt Rheinbach vortragen. Der Vorsitzende schlägt vor, die Reihenfolge der Vorträge zu tauschen, da Herr Dr. Gattke allgemeiner auf die Flutkatastrophe im Erfteinzugsgebiet eingeht.

Um den Tagesordnungspunkt besser zu strukturieren, schlägt er weiterhin vor, dass zunächst die beiden Berichte komplett vorgetragen werden. Anschließend haben die Fraktionen die Möglichkeit, sich in maximal zwei Fragerunden mit jeweils einer Frage einzubringen.

Danach wird die Verwaltung über den aktuellen Stand der Tätigkeiten der Stadt Rheinbach berichten. Auch hier schlägt er zwei Fragerunden mit jeweils einer Frage der Fraktionen vor.

Die umfangreichen Fragenkataloge (TOP 3.3 und 3.4) der Fraktionen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen sowie der SPD wurden bereits schriftlich beantwortet. Bei Nachfragen würden auch hier maximal 2 Fragerunden durchgeführt, in denen jede Fraktion jeweils einmal Nachfragen stellen kann.

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) fragt nach, ob bei TOP 3 auch eine Diskussion stattfinden solle. Daraufhin erläutert Bürgermeister Banken nochmals seinen Vorschlag, jeweils zwei Fragerunden mit jeweils einer Frage durchzuführen. Danach lässt er über seinen Vorschlag abstimmen.

Beschluss	

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form anerkannt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt,
gegen die Stimmen der SPD sowie
den Ratsherren Pfahl und Weber (CDU)

	CDU	**SPD**	**UWG**	**GRÜNE**	**FDP**	**BM**
JA	9		6	7	3	*)
NEIN	2	7				
ENTHALTUNG						

*) Gemäß § 40 Absatz 2 Gemeindeordnung NRW stimmt der Bürgermeister nicht mit.

TOP	3	Bericht zur Flutkatastrophe vom 14.07.2021 in Rheinbach und deren Folgen

Hinweis: Wie bei Anerkennung der Tagesordnung beschlossen, wird dieser Tagesordnungspunkt nach den Berichten von Herrn Dr. Gattke und Herrn Böhm behandelt.

Fachbereichsleiterin Hoffmann berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation den aktuellen Stand der Tätigkeiten der Verwaltung. Diese ist ebenfalls als Anlage dieser Niederschrift beigefügt.

Anschließend beantwortet die Verwaltung die Fragen der Ratsmitglieder.

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) bezieht sich auf den Fragekatalog und regt an, zur Ermittlung des gesamten Schadensbildes systematischer nachzuforschen. Hierbei sollten alle Ortschaften einbezogen werden. Darüber hinaus bittet er um eine schriftliche Auflistung aller Schäden an der städtischen Infrastruktur.

Dies wird von Bürgermeister Banken zugesagt.

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) lobt die Verwaltung für die schnelle Umsetzung bei der Auszahlung der Soforthilfe sowie der Müllentsorgung.

Für die Erstellung von Überflutungskarten in den Ortschaften werde externe Hilfe benötigt, so Ratsherr Brozio (CDU). Hierzu müssten Ortstermine in allen Ortschaften zur Evaluierung durchgeführt werden. Ebenso müsse die Rückhaltung vor den Ortschaften, insbesondere von Oberdrees besprochen werden. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Experten sowie der Politik und der Bürgerschaft sollte dabei erfolgen.

TOP	3.1	Bericht von Herrn Geschäftsführer Markus Böhm, e-regio

Hinweis: Wie bei Anerkennung der Tagesordnung beschlossen, wird dieser Tagesordnungspunkt als Tagesordnungspunkt 3.2 behandelt.

Herr Markus Böhm, Geschäftsführer der e-regio, stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation (siehe Anlage) das Starkregenereignis vom 14. Juli 2021 aus Sicht der e-regio dar.

Die e-regio wurde durch dieses Starkregenereignis sehr stark in der Gas- und Stromversorgung betroffen. Herr Böhm stellt anhand einer Karte die Überflutungsgebiete dar.

Er informiert, dass die e-regio auch Betriebsführer des Wasserversorgungsverbandes Euskirchen –Swisttal ist. Hier werden zur Sicherstellung der Wasserversorgung drei Wasserwerke betrieben. In der Nacht vom 14.07.2021 auf den 15.07.2021 sind zwei Wasserwerke ausgefallen (in Arloff und Ludendorf). Durch eine Aufschüttung eines Erdwalls konnte das Wasserwerk in Heimerzheim geschützt und somit die Wasserversorgung aufrechterhalten werden.

Im gesamten Überflutungsgebiet seien 16.000 Gasanschlüsse betroffen. In diesen Häusern müssten die Gasregler ausgetauscht werden, wenn der Hausanschlussraum unter Wasser stand. Zurzeit seien rund 57 % der Haushalte abgearbeitet und die Gaszähler und –regler getauscht. In Rheinbach seien 2.628 Gasanschlüsse betroffen. Hiervon seien bereits in 1.100 Haushalten die Gaszählerregler getauscht worden. Die restlichen Arbeiten sollten bis Ende des Jahres beendet werden.

Herr Böhm berichtet weiter, dass die Gasversorgung in Rheinbach zu 100 % sichergestellt sei. Auch an der Brücke Stadtpark, Neugartenstraße und Lurheck sei durch die abgetrennte Gasleitung eine Versorgungssicherheit gegeben. Die e-regio habe 800 Anfragen für neue Gasan-

schlüsse von Hauseigentümern erhalten, um bestehende Heizungsanlagen auf Erdgas umzustellen.

Weiter informierte Herr Böhm über die Maßnahmen im Stromverteilernetz, die zusätzlich akquirierten Dienstleister sowie die Daten, Fakten und Pegelstände der Steinbachtalsperre. Diese können der beigefügten PowerPoint-Präsentation entnommen werden.

Im Anschluss beantworten Herr Dr. Gattke und Herr Böhm die Fragen der Ratsmitglieder.

TOP	3.2	Bericht von Herrn Dr. Christian Gattke, Abteilungsleiter „Flussgebietsbewirtschaftung“ des Erftverbandes

Hinweis Wie bei Anerkennung der Tagesordnung beschlossen, wird dieser Tagesordnungspunkt als Tagesordnungspunkt 3.1 behandelt.

Herr Dr. Christian Gattke, Abteilungsleiter „Flussgebietsbewirtschaftung“ des Erftverbandes stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation das Hochwasserereignis vom 14. bis 16. Juli 2021 dar. Diese ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Er berichtet, dass diese Hochwasserkatastrophe mit Sicherheit die größte Naturkatastrophe nach der Elbeflut in den 1960er Jahren in Deutschland gewesen sei. Er stellt dar, dass es am Wochenende vor der Katastrophe bereits ergiebige Niederschläge gab. Am 13.07.2021 wurde im mittleren Verbandsgebiet ein Niederschlag von 20 bis 40 mm gemessen. Diese Niederschlagsmenge steigerte sich am 14.07.2021 im gesamten Verbandsgebiet, mit dem Niederschlagsschwerpunkt im Süden, auf bis zu 179 mm. Dies sei die höchste Aufzeichnung seit Aufzeichnungsbeginn in den 1930er Jahren.

Anhand der PowerPoint-Präsentation erläutert Herr Dr. Gattke den langjährigen Vergleich der maximalen Tagessummen der Niederschlagsmengen in der Auswirkung auf die Erft und der Swist. Alle Pegel im südlichen Einzugsgebiet der Erft seien im Juli über das HQ Extrem hinausgegangen. Die einzige Ausnahme sei der Pegel in Morenhoven an der Swist. Hierbei handele es sich um einen Landespegel. Dieser Pegel sei unter einem 100-jährigen Hochwasser geblieben. Hier erfolge noch eine genauere Überprüfung, ob die Schlüsselkurve plausibel sei, so Herr Dr. Gattke.

Weiter informiert Herr Dr. Gattke, dass bei vier Hochwasserrückhaltebecken die Hochwasserentlastung aktiv war. Bei vier weiteren wurde das höchste Stauziel überschritten und ein Hochwasserrückhaltebecken wurde überströmt.

Er verweist auf eine erste Auswertung des Niederschlags- und Abflussgeschehens des Hochwassers an der Erft und ihren Nebengewässern. Diese ist über die Internetseite des Erftverbandes abrufbar (https://www.erftverband.de/wp-content/uploads/2021/08/20210820_ev_auswertung_hw_20210714.pdf).

Vom Erftverband wurde schnellstmöglich eine Aufnahme und Bewertung der Schäden an den Gewässern vorgenommen. Diese wurden kategorisiert und priorisiert. Auf dem Rhein-

bacher Gebiet ist der Erftverband lediglich für die Swist ausbaupflichtig. Die Beseitigung der Schäden soll bis Ende des Jahres erfolgen.

Es sei außerdem geplant, dass der Erftverband weitere Hochwasserrückhaltebecken bauen wird. Deshalb wurde eine Retentionsraumanalyse beauftragt.

TOP	3.3	Antrag der Fraktionen der CDU und Bündnis 90 / Die Grünen vom 02.09.2021 zur Aufarbeitung der Ereignisse zur Flutkatastrophe am 14.07.2021 in Rheinbach

Die Antworten der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

TOP	3.4	Anfrage der SPD-Fraktion vom 20.10.2021 zur Flutkatastrophe

Die Antworten der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

TOP	4	Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

TOP	5	Bürgeranträge

TOP	5.1	Bürgerantrag vom 27.05.2019 betreffend Stellplatz für Wohnmobile und Wohnwagengespanne

Ratsherr Kerstholt (SPD) ist mit der Entwicklung nicht zufrieden und schlägt vor, eine Interimslösung zu schaffen, um die Gewerbetreibenden und Kulturfördernden der Stadt, sowie den Boom der Wohnmobilisten mitzunehmen. Hierzu solle eine Arbeitsgruppe, in der jede Fraktion vertreten sein solle, eingerichtet werden, um kurzfristig vier Stellplätze am Himmeroder Wall zu installieren.

Die Fraktionen der Grünen, UWG und CDU sind der Meinung, dass auf das Konzept der Verwaltung gewartet werden soll und der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Standortförderung und Feuerwehr zugestimmt werden solle. Auch sei der Himmeroder Wall kein geeigneter Platz.

Deshalb lässt Bürgermeister Banken über den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Standortförderung und Feuerwehr abstimmen.

Beschluss	

Die Verwaltung wird beauftragt, die Errichtung eines oder mehrerer Wohnmobilstellplätze mit Ver- und Entsorgungseinrichtungen in Rheinbach zu prüfen und dem Rat ein entsprechendes Konzept vorzulegen. Dabei sollen - auf Anregung der Geschäftsführerin des Rhein-Voreifel Touristik e.V., Frau Konrath- dislozierte, kleinteilige Stellmöglichkeiten mitbetrachtet werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	**SPD**	**UWG**	**GRÜNE**	**FDP**	**BM**
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	5.2	Bürgerantrag vom 11.03.2021 betreffend Schottergärten im Stadtbereich

Ratsherr Dr. Wilmers (SPD) ist der Meinung, dass der gefasste Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Mobilität in die Kompetenzen des Bürgermeisters eingreift. Der Bürgerantrag beziehe sich auf versiegelte Flächen. Deshalb könne er der Beschlussempfehlung nicht zustimmen und beantragt, Nr. 1 und 3 des Beschlussvorschlages der Verwaltung zur Abstimmung zu stellen.

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) stimmt Ratsherrn Dr. Wilmers zu, dass dieses Thema eine lange Vorgeschichte hat. Deshalb solle es heute auch zum Abschluss kommen. Grundsätzlich sei jedem klar, was ein Schottergarten sei. Deshalb beantragt er eine Abstimmung nach der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität.

Wenn der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt werde, so Ratsherr Dr. Wilmers (SPD), müsse bei jeder Aufstellung eines Bebauungsplanes eine textliche Festsetzung für Gebäudevorflächen (Bepflanzung und Begrünung) erfolgen. Das bedeute, dass bei einem Hausneubau der Weg zu Haustüre nicht mehr befestigt werden dürfte. Dies könne auch mit dem letzten Satz des Beschlussvorschlages nicht relativiert werden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt Bürgermeister Banken über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität abstimmen.

Beschluss	

Der Rat der Stadt Rheinbach schließt sich dem generellen Anliegen des Bürgerantrags vom 10.03.2021 an, durch geeignete Maßnahmen den ökologisch problematischen Schottergärten entgegenzuwirken.

Der Rat beschließt, dem Bürgerantrag vom 10.03.2021 bezüglich des Starts einer Aufklärungs- und Beratungskampagne durch den/die städtische*n Umweltmanager*in zu folgen. Aufklärung und Beratung soll sich sowohl an Besitzer*innen bereits angelegter Schottergärten richten als auch Bürger*innen bei Neubauvorhaben über Nachteile von Schottergärten und pflegeleichte Alternativen der Vorgartengestaltung informieren. Dies schließt leicht zugängliche Informationen auf der neuen städtischen Homepage mit ein. Auch lokale und regionale Garten- und Landschaftsbaubetriebe, Bau- und Gartenmärkte etc. sollten aktiv in die Aufklärungs- und Beratungskampagne einbezogen werden. Zudem sollte die Vermüllung durch Folien im Bereich von Bau- und Landwirtschaft in die Kampagne einbezogen werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, gegen offenkundige Verstöße gegen § 8 Abs. 1 BauO NRW auch ohne vorliegende Anzeige vorzugehen. Zudem sollten andere Dienststellen die/den Umweltmanager*in auf wahrgenommene Grenzfälle hinweisen, so dass diese*r proaktiv im Rahmen der Aufklärungs- und Beratungskampagne die jeweiligen Eigentümer*innen ansprechen kann.

Im Hinblick auf die Unsicherheiten eines rechtskonformen Verbotes von Schottergärten wird derzeit von einem solchen Verbot durch Erlass einer Gestaltungssatzung abgesehen.

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen werden für Gebäudevorflächen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB die Bepflanzung und Begrünung zeichnerisch oder textlich festgesetzt, wobei die genaue Ausgestaltung dieser Vorgabe sich im Einzelfall aus dem jeweiligen Abwägungszusammenhang der Bebauungspläne ergibt. Die Pflanzfestsetzungen in Bebauungsplänen nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB sind von der Kommune vor Ort selbst zu kontrollieren. Unter Einbezug der Ergebnisse des Klimafolgenanpassungskonzepts werden bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zudem gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 16 d BauGB jeweils – integriert in eine städtebauliche Konzeption – textlich oder zeichnerisch geeignete Flächen festgesetzt, die für die natürliche Versickerung von Niederschlagswasser freigehalten werden müssen.

Die Erhebung einer Niederschlagswassergebühr ist auf der Grundlage der Beitrags- und Gebührenordnung zur Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Rheinbach (BGebO) nicht möglich. In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung jedoch verstärkt auf Versiegelungen durch großflächige Pflasterungen kontrollieren, die sehr wohl eine Niederschlagswassergebührenpflicht auslösen und in letzter Zeit vermehrt zusätzlich zu den sogenannten Schottergärten durchgeführt werden.

Die Umsetzungen sollen erfolgen, sofern diese im Ermessungsrahmen der Verwaltung möglich sind.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
gegen die Stimmen der SPD, UWG und FDP und
bei Stimmenthaltung des Bürgermeisters

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	12			7		
NEIN		7	6		3	
ENTHALTUNG						1

TOP	6	Ortsrecht

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

TOP	7	Allgemeine Angelegenheiten

TOP	7.1	4. Änderung des Stellenplanes 2021

Beschluss	

Der Stellenplan 2021 (siehe Vorlage für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 25.01.2021 und des Rates am 01.02.2021 (BV 1480/2020) sowie die Beschlüsse zu den Stellenplanänderungen 1 bis 3 – PV 0020/2021; BV 1586/2021; BV 1608/2021) wird mit den nachfolgenden Änderungen beschlossen:

1. Für die verstärkte Kommunikation und Information der Bevölkerung im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Bewältigung der Unwetterkatastrophe sowie zur verstärkten Öffentlichkeitsarbeit wird eine weitere Stelle im Bereiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eingerichtet und bis zur Entgeltgruppe 10 TVöD / A11 Landesbesoldungsordnung NRW ausgewiesen.

2. Für die Wahrnehmung der Aufgaben aus den Bereichen des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes wird im Sachgebiet 32.4 eine zusätzliche Stelle eingerichtet und in der Wertigkeit nach Entgeltgruppe 9 c TVöD ausgewiesen.

3. Für die Wahrnehmung der Aufgaben zur Abwicklung der durch die Unwetterkatastrophe entstandenen Schäden an den städt. Gebäuden sowie deren Infrastruktur und die Aufgaben der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes wird im Fachgebiet 65 eine mit einem kw-Vermerk versehene Ingenieursstelle zur Wiederbesetzung freigegeben. Die Stelle ist im Stellenplan nach Entgeltgruppe 11 TVöD ausgewiesen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
gegen die Stimmen der Ratsherren Weber, Pfahl und Wolf (alle CDU)

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	9	7	6	3	3	1
NEIN	3					
ENTHALTUNG						

TOP	7.2	Gewährung von freiem Eintritt für bestimmte Personengruppen im Glasmuseum

Beschluss

Inhaber der Ehrenamtskarte NRW erhalten freien Eintritt ins Glasmuseum Rheinbach.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	7.3	Fällung von 10 Bäumen im Bereich des geplanten Erweiterungsbaus der Gesamtschule Rheinbach

Ratsfrau Seiffert-Schollmeyer (Grüne) regt an, eine einheimische Felsenbirne nachzupflanzen. Ebenso bittet sie, nach Fertigstellung weiter Förderprogramme zu akquirieren, um das Gelände weiter ökologisch aufzuwerten.

Beschluss

1. Der Rat zieht in dieser Angelegenheit die Entscheidungsbefugnis gemäß Abschnitt I § 5 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Rheinbach wieder an sich.

2. Der Fällung von insgesamt 10 Bäumen im Bereich des Erweiterungsbaus der Gesamtschule Rheinbach wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	8	Finanzangelegenheiten

TOP	8.1	Beteiligungsbericht 2019

Beschluss

Gemäß § 117 Abs. 1 GO NRW beschließt der Rat den vorliegenden Beteiligungsbericht 2019.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	8.2	Controllingbericht 2021

Der Controllingbericht 2021 wird zur Kenntnis genommen.

TOP	8.3	Zuleitung der Gesamtabschlüsse 2011 bis einschließlich 2018 gem. § 116 Abs. 8 GO

Beschluss

Der Gesamtabschluss für das Haushaltsjahr 2018 wird zur Prüfung in den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen.

Die Gesamtabschlüsse der Haushaltsjahre 2011 bis einschließlich 2017 werden in ihrer vom Kämmerer aufgestellten und vom Bürgermeister bestätigten Entwurfsfassung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	8.4	Genehmigung einer außerplanmäßigen Investitionsauszahlung 2021 für die Ersatzbeschaffung des Schleppers der Forstabteilung

Beschluss	

Der Rat genehmigt im Haushaltsjahr 2021 die überplanmäßige Investitionsauszahlung in Höhe von 100.000 € für die Ersatzbeschaffung des Schleppers der Forstabteilung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	9	Grundstücksangelegenheiten

TOP	9.1	Vergaberichtlinie & Grundstücksverkauf "In den Gärten" 1. Richtlinie der Stadt Rheinbach für die Vergabe von städtischen Baugrundstücken für die Errichtung von Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäusern 2. Veräußerung der städtischen Baugrundstücke im Bereich des Bebauungsplans Rheinbach-Wormersdorf Nr. 16 „In den Gärten" auf der Grundlage dieser Richtlinie

Beschluss

1. Der Rat stimmt der Richtlinie der Stadt Rheinbach für die Vergabe von städtischen Baugrundstücken für die Errichtung von Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäusern mit folgenden Änderungen zu:

   Nr. 1.1: Punktzahl wird auf 10 Punkte erhöht
   Nr. 1.2: 10 Punkte für ein geringeres Vermögen als 50.000,00 €, der Rest entfällt
   Nr. 1.3: die Punktzahl für alleinstehende Bewerber*Innen wird auf 0 Punkte fest gelegt
   Nr. 1.9: wird 1.8 und lautet:
   „Der Haushalt der Bewerber verfügt derzeit nicht über Wohnraum von angemessener Größe.
   In Anlehnung an § 18 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW) i.V.m. Ziffer 8.2 der Wohnraumnutzungsbestimmungen (WNB) RdErl. d. Ministeriums für Bauen und Verkehr – IV.5-619-1665/09 v. 12.12.2009, gilt als angemessener Wohnraum: 50 qm für eine allein stehende Person, 65 qm mit mind. zwei Wohnräumen, für einen Haushalt mit zwei haushaltsangehörigen Personen, Für jede weitere haushaltsangehörige Person erhöht sich die Wohnfläche um einen Raum oder 15 qm Wohnfläche. Die angegebene Zahl der Wohnräume ist zuzüglich Arbeitsküche (bis zu 15 qm) und Nebenräume zu verstehen.“

2. Die Verwaltung wird ermächtigt und beauftragt, auf der Grundlage dieser Richtlinie die Wohnbaugrundstücke im Bereich des Bebauungsplans Rheinbach-Wormersdorf Nr. 16 “In den Gärten“ an die zu berücksichtigenden Bewerber zum Bodenrichtwert zu veräußern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	10	Bau- und Planungsangelegenheiten

TOP	10.1	Lärmaktionsplan der 3. Runde; hier: Beschluss des Lärmaktionsplans

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) teilt mit, dass er sich bei beiden Abstimmungen enthalten werde, weil er der Meinung ist, das lediglich ausgesuchte Straßen betrachtet werde. Sein Anspruch sei weitergehend.

Ratsherr Brozio (CDU) bittet um eine zeitnahe Umsetzung.

Beschluss	

a) Beschluss über die Abwägung der im Verfahren vorgebrachten Stellungnahmen

Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit und die vorgebrachten Stellungnahmen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange hat der Rat der Stadt Rheinbach geprüft und gerecht gegeneinander und untereinander abgewogen und beschließt die Abwägung der im Zuge der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen zum Lärmaktionsplan der 3. Runde.

Grundlage für den Beschluss sind die im Anhang I und II des Lärmaktionsplans der 3. Runde beigefügten Zusammenfassungen der Stellungnahmen mit Abwägungsergebnis. Die Übersicht der Abwägungsentscheidung ist Bestandteil des Beschlusses.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit und die Behörden sowie die sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Abwägungsgründe in Kenntnis zu setzen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
bei Stimmenthaltung von Ratsfrau Rupprecht und Ratsherrn Dr. Lenke (beide Grüne)

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	12	7	6	5	3	1
NEIN						
ENTHALTUNG				2		

b) Beschluss zum Lärmaktionsplan der Stufe 3

Nach der Beschlussfassung über die Abwägung der im Verfahren eingegangenen Stellungnahmen beschließt der Rat den Lärmaktionsplan der 3. Runde.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
bei Stimmenthaltung von Ratsherrn Dr. Lenke (Grüne)

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	12	7	6	6	3	1
NEIN						
ENTHALTUNG					1	

TOP	11	Besetzung von Ausschüssen und Gremien

Über die Tagesordnungspunkte 11.1 bis 11.7 lässt Bürgermeister Banken werden en bloc abstimmen. Damit erklären sich alle Ratsmitglieder einverstanden.

TOP	11.1	Nachbesetzung im Ausschuss für Umwelt und Mobilität

Beschluss	

Herr Tassilo Niklaus wird als stellvertretender sachkundiger Bürger in den Ausschuss für Umwelt und Mobilität gewählt. Er folgt Herrn Marc Frings.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	*)
NEIN						
ENTHALTUNG						

*) Gemäß § 40 Absatz 2 Gemeindeordnung NRW stimmt der Bürgermeister nicht mit.

TOP	11.2	Nachbesetzung des Jugendhilfeausschusses

Beschluss	

Ratsfrau Rita Steglich wird als Mitglied mit Stimmrecht in den Jugendhilfeausschuss gewählt. Sie folgt auf Ratsfrau Carolin Hasenberg.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	*)
NEIN						
ENTHALTUNG						

*) Gemäß § 40 Absatz 2 Gemeindeordnung NRW stimmt der Bürgermeister nicht mit.

TOP	11.3	Nachbesetzung in der Gesellschafterversammlung der Jugendwohnheim Haus Rheinbach GmbH

Beschluss	

Ratsfrau Rita Steglich wird als Mitglied in die Gesellschafterversammlung der Jugendwohnheim Haus Rheinbach GmbH gewählt. Sie folgt auf Ratsfrau Carolin Hasenberg.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	*)
NEIN						
ENTHALTUNG						

*) Gemäß § 40 Absatz 2 Gemeindeordnung NRW stimmt der Bürgermeister nicht mit.

TOP	11.4	Nachbesetzung im Rat der Tageseinrichtung für Kinder "Lummerland"

Beschluss	

Ratsfrau Rita Steglich wird als stellvertretendes Mitglied in den Rat der Tageseinrichtung für Kinder „Lummerland“ gewählt. Sie folgt auf Ratsfrau Carolin Hasenberg.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	*)
NEIN						
ENTHALTUNG						

*) Gemäß § 40 Absatz 2 Gemeindeordnung NRW stimmt der Bürgermeister nicht mit.

TOP	11.5	Nachbesetzung in die Verbandsversammlung des Volkshochschulzweck-verbandes Meckenheim/Rheinbach/Swisttal/Wachtberg

Beschluss	

Ratsfrau Rita Steglich wird als Mitglied in die Verbandsversammlung des Volkshochschul-zweckverbandes Meckenheim / Rheinbach / Swisttal / Wachtberg gewählt. Sie folgt auf Ratsfrau Carolin Hasenberg.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	*)
NEIN						
ENTHALTUNG						

*) Gemäß § 40 Absatz 2 Gemeindeordnung NRW stimmt der Bürgermeister nicht mit.

TOP	11.6	Nachbesetzung im Ausschuss für Generationen, Integration und Soziales

Beschluss

Herr Kai Conrady wird als stellvertretender sachkundiger Bürger in den Ausschuss für Generationen, Integration und Soziales gewählt. Er folgt auf Frau Rita Steglich.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	*)
NEIN						
ENTHALTUNG						

*) Gemäß § 40 Absatz 2 Gemeindeordnung NRW stimmt der Bürgermeister nicht mit.

TOP	11.7	Nachbesetzung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen

Beschluss

1.) Herr Franz-Josef Grömping wird als sachkundiger Bürger in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen gewählt. Er folgt auf Frau Rita Steglich.

2.) Herr Mario Steinmetz wird als stellvertretender sachkundiger Bürger in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen gewählt. Er folgt auf Herrn Franz-Josef Grömping.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	*)
NEIN						
ENTHALTUNG						

*) Gemäß § 40 Absatz 2 Gemeindeordnung NRW stimmt der Bürgermeister nicht mit.

TOP	12	Anträge von Fraktionen und Ratsmitgliedern

TOP	12.1	Antrag der SPD-Fraktion vom 20.10.2021 zum Klimaschutzplan Rheinbach 2030

Ratsherr Lüdemann (SPD) erläutert, dass im Jahre 2020 beschlossen wurde, einen Klimaschutzplan bis zum Ende 2020 vorzulegen. Dieser soll in einem schlüssigen Gesamtkonzept erstellt und nicht in einzelnen Beschlüssen in den Ausschüssen erfolgen. Deshalb wiederholt er die Aufforderung aus dem Antrag, dass dem Ausschuss für Umwelt und Mobilität zur nächsten Sitzung der Entwurf eines Klimaschutzplans 2030 der Stadt Rheinbach vorzulegen ist. Der SPD-Fraktion ist die personelle Situation der Verwaltung bewusst. Deshalb sollte evtl. über die Hinzuziehung externen Sachverstandes nachgedacht werden.

Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen hat den Antrag so verstanden, dass es sich hierbei um die Fortschreibung und Aktualisierung des Klimaschutzplanes von 2010 handele. Hierbei handele es sich um eine Querschnittsaufgabe, bei der viele Sachgebiete der Verwaltung mit eingebunden werden müssen. Diese Sachgebiete seien aktuell eingebunden in die Wiederaufbauplanung. Eine Vorbereitung für die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität sei derzeit nicht zu schaffen.
Sie erläutert weiter, dass dieses Thema auch der Verwaltung sehr wichtig sei. Deshalb wurde hierfür auch eine Stelle geschaffen und mittlerweile wieder neu besetzt, nachdem der erste Umweltmanager nach der Probezeit gekündigt und sich beruflich anders orientiert hat.

Bürgermeister Banken weist in diesem Zusammenhang auf eine Veranstaltung am 17. November 2021 in Meckenheim zum Klimafolgenanpassungskonzept hin.

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) schlägt vor, dieses Thema - wie von der SPD beantragt - im Ausschuss für Umwelt und Mobilität und zusätzlich im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen zu beraten.

Ratsherr Huth (UWG) und Ratsherr Schneider (CDU) sprechen sich ebenfalls für eine Vertagung in den Ausschuss aus.

Daraufhin lässt Bürgermeister Banken über die Vertagung in den Ausschuss für Umwelt und Mobilität und den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen abstimmen.

Beschluss	

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 20.10.2021 zum Klimaschutzplan Rheinbach 2030 wird in den Ausschuss für Umwelt und Mobilität und in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen vertagt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
gegen die Stimmen der SPD

	CDU	**SPD**	**UWG**	**GRÜNE**	**FDP**	**BM**
JA	X		X	X	X	x
NEIN		X				
ENTHALTUNG						

TOP	12.2	Antrag der SPD-Fraktion vom 20.10.2021 zum integrierten Verkehrsentwicklungsplan

Beschluss	

Der Bürgermeister legt dem Ausschuss für Umwelt und Mobilität zur ersten Sitzung im Jahr 2022 einen Vorschlag vor, mit welchem Leistungsinhalt die Erarbeitung eines konkreten Vorschlags für einen integrierten Verkehrsentwicklungsplan für Rheinbach beauftragt werden soll.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	**SPD**	**UWG**	**GRÜNE**	**FDP**	**BM**
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	12.3	Antrag der SPD-Fraktion vom 20.10.2021 zur Radverkehrsanbindung der Ortschaften

Auch hier erläutert Ratsherr Dr. Wilmers (SPD), dass die Verwaltung hier ein Konzept mit Kostenschätzung vorgelegt bekommt.

Ratsherr Dr. Lenke (Grüne) ist der Meinung, dass dieser Tagesordnungspunkt nicht beschlossen werden könne, ohne ihn gut beraten zu haben. Deshalb beantragt er die Vertagung in den Ausschuss für Umwelt und Mobilität.

Ratsfrau Seiffert-Schollmeyer (Grüne) informierte über ein Förderprogramm „Stadt und Land“ des Bundes, bei dem ein nachhaltiges und lückenloses Radverkehrsnetz aufgebaut werden soll. Dies wäre für Hilberath und Todenfeld sinnvoll und sollte in die Überlegungen mit einfließen. Auch sie spricht sich für eine Vertagung in den zuständigen Ausschuss aus.

Beschluss

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 20.10.2021 zur Radverkehrsanbindung der Ortschaften wird in den Ausschuss für Umwelt und Mobilität vertagt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

	CDU	SPD	UWG	GRÜNE	FDP	BM
JA	X	X	X	X	X	X
NEIN						
ENTHALTUNG						

TOP	13	Anfragen nach § 4 Geschäftsordnung

TOP	13.1	Anfrage von Ratsherrn Dr. Georg Wilmers (SPD) vom 20.10.2021 zur finanziellen Situation der Stadt Rheinbach

Die Schulden der Stadt Rheinbach haben sich bei den Liquiditätskrediten im Jahre 2020 um immerhin 7,6 Mio. € (= 16,7 %) reduziert. Deshalb fragt Ratsherr Dr. Wilmers nach, warum diese positive Nachricht dem Rat zehn Monate nach Kassenschluss erst auf Nachfrage mitgeteilt wurde?

Außerdem fragt er nach, ob er das richtig verstanden habe, dass die Flutkatastrophe bis zum 21. Oktober dieses Jahres zwar ein Loch von 1,5 Mio. € in die Stadtkasse gerissen hat, was aber angesichts der Größe der Katastrophe offenbar keine finanzielle Überforderung der Stadt darstellt. Er hätte mit wesentlich mehr gerechnet. Oder verstehe er das falsch?

Kämmerer Kohlosser antwortet, dass sich der Buchungsstand wirklich noch in überschaubaren Rahmen halte. Zu diesem Zeitpunkt bestand die Situation, dass der Kreis die Abfallgebühren übernehmen sollte. Zwischenzeitlich wurde sich darauf geeinigt, dass der Antrag auf Erstattung von der Stadt Rheinbach selbst gestellt wird. Wenn die Stadt jetzt in Vorleistung gehe, werde die Einmalleistung in Höhe von 2 Mio. € nicht ausreichen. Auch liegen noch Rechnungen vor, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht gebucht waren. Es werden erhebliche Belastungen aus der Flutsituation heraus, auf den Haushalt zukommen. Diese Rechnungen werden erst im Laufe der nächsten Monate eingehen. Bei der Ermittlung der nächsten Rückstellungsbildungen sind die Maßnahmen, die als Schäden erfasst werden, noch gar nicht abgearbeitet. Diese Rückstellungen werden das Ergebnis beeinflussen. Es wurde der Buchungstand vom 11.10.2021 mitgeteilt. Da noch einiges auf die Stadt Rheinbach zukommen wird, könne ein Ergebnis erst zum Ende des Jahres mitgeteilt werden. Deswegen wurde im Controllingbericht darauf hingewiesen, dass eine verlässliche Prognose das Jahresergebnis nicht möglich sei.

TOP	14	Mitteilungen des Vorsitzenden

Bürgermeister Banken teilte mit, dass auf dem Gebiet der Stadt Rheinbach drei Hilfsorganisationen für die Unterstützung der Flutgeschädigten aktiv sind. Das sind die Johanniter, die ihren Bus zurzeit auf dem Dorfplatz in Flerzheim stehen haben sowie die Malteser in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz, die heute ihr Fluthilfebüro in der Hauptstraße 53 eröffnet haben. Dort werde eine Beratung und Soforthilfen angeboten, denn es gebe immer noch einen großen Unterstützungsbedarf.

Außerdem informierte er die Ratsmitglieder, dass er Herrn Torsten Bölinger mit Schreiben vom 21. Oktober 2021 die Vertretung der Stadt Rheinbach in der Delegiertenversammlung des Erftverbandes übertragen hat.

Da keine weiteren Mitteilungen des Vorsitzenden mehr vorliegen, schließt Bürgermeister Banken die öffentliche Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Rheinbach, 30. November 2021

gezeichnet	gezeichnet
Ludger Banken	Sonja Wilhelm
Bürgermeister	Schriftführerin